Richtlinie alt (2010)		Richtlinie neu (2015)	
Gesetzliche Grundlagen und Geltungsbereich		1. Gesetzliche Grundlagen und Geltungsbereich	
SGB VIII KJHG in der jeweils geltenden Fassung, insbesondere:		SGB VIII KJHG in der jeweils geltenden Fassung, insbesondere:	
_	Leistungsanspruch auf Hilfe zur Erziehung Wunsch- und Wahlrecht Vollzeitpflege Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche Hilfeplanung Zusammenarbeit von Herkunftsfamilie und Pflegefamilie Hilfe zum Lebensunterhalt Hilfe für junge Volljährige Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen Persönliche Eignung der Bewerber Örtliche Zuständigkeit end aufgeführten Bestimmungen gelten für Pflegeverhält- ändigkeitsbereich des Jugendamtes Cottbus.		Leistungsanspruch auf Hilfe zur Erziehung Wunsch- und Wahlrecht Vollzeitpflege Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche Hilfeplanung Zusammenarbeit von Herkunftsfamilie und Pflegefamilie Hilfe zum Lebensunterhalt Hilfe für junge Volljährige Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen Persönliche Eignung der Bewerber Örtliche Zuständigkeit end aufgeführten Bestimmungen gelten für alle Pflegever- Zuständigkeitsbereich des Jugendamtes Cottbus ab Inder Richtlinie.
2. Vollzeitpflege		2. Vollze	eitpflege
Hilfe zur Erziehung in Vollzeitpflege soll entsprechend dem Alter und dem Entwicklungsstand des Kindes/Jugendlichen und seinen persönlichen Bindungen sowie den Möglichkeiten der Verbesserung der Erziehungsbedingungen in der Herkunftsfamilie Kindern und Jugendlichen in einer anderen Familie eine zeitlich befristete Hilfe oder eine auf Dauer angelegte Lebensform bieten.  Für besonders entwicklungsbeeinträchtigte Kinder und Jugendliche sind gegignete Formen der Familiennflage zu schaffen und auszuhaus		dem Entwick chen Bindung hungsbeding einer anderer angelegte Le Für besonde	iehung in Vollzeitpflege soll entsprechend dem Alter und klungsstand des Kindes/Jugendlichen und seinen persönligen sowie den Möglichkeiten der Verbesserung der Erzieungen in der Herkunftsfamilie Kindern und Jugendlichen in Familie eine zeitlich befristete Hilfe oder eine auf Dauer bensform bieten.
sind geeignete Formen der Familienpflege zu schaffen und auszubauen.		sind geeigne	te Formen der Familienpflege zu schaffen und auszubau-

Richtlinie alt (2010)	Richtlinie neu (2015)
2.1. Vollzeitpflege auf Dauer	2.1 unbefristete Vollzeitpflege
Vollzeitpflege auf Dauer bezeichnet die Betreuung von Kindern, Jugendlichen oder jungen Volljährigen über Tag und Nacht (bis zum 18.Lebensjahr bzw. bis zur wirtschaftlichen Selbständigkeit) in einer Pflegefamilie als auf Dauer angelegte Lebensperspektive.	Unbefristete Vollzeitpflege bezeichnet die Betreuung von Kindern, Jugendlichen oder jungen Volljährigen über Tag und Nacht (bis zum 18.Lebensjahr) in einer Pflegefamilie als auf Dauer angelegte Lebensperspektive. Gemäß § 41 (1) Satz 2 SGB VIII kann die Hilfe in der Regel nur bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres gewährt werden; in begründeten Einzelfällen soll sie für einen begrenzten Zeitraum darüber hinaus fortgesetzt werden.
2.2. Befristete Vollzeitpflege	2.2. Befristete Vollzeitpflege
Befristete Vollzeitpflege ist die vorübergehende Betreuung von Minderjährigen, wenn die Sorgeberechtigten für eine begrenzte Zeit verhindert bzw. nicht in der Lage sind, die Betreuung und Versorgung des Kindes selbst zu übernehmen.	Befristete Vollzeitpflege ist die vorübergehende Betreuung von Minderjährigen, wenn die Sorgeberechtigten für eine begrenzte Zeit verhindert bzw. nicht in der Lage sind, die Betreuung und Versorgung des Kindes selbst zu übernehmen.
2.3. Bereitschaftspflege	2.3. Bereitschaftspflege
Bereitschaftspflege bezeichnet die Aufnahme von Kindern im Alter zwischen 0 - 4 Jahre (im Einzelfall darüber hinaus) in besonders ausgewählten Pflegestellen im Rahmen einer vorläufigen Schutzmaßnahme (Inobhutnahme) auf der Grundlage des § 42 SGB VIII und der Empfehlungen des Landesjugendamtes zur Inobhutnahme vom 22.3.1999.	Bereitschaftspflege bezeichnet die Aufnahme von Kindern im Alter zwischen 0 - 4 Jahre (im Einzelfall darüber hinaus) in besonders ausgewählten Pflegestellen im Rahmen einer vorläufigen Schutzmaßnahme (Inobhutnahme) auf der Grundlage des § 42 SGB VIII und der Empfehlungen des Landesjugendamtes zur Inobhutnahme vom 22.3.1999.
	2.4. Verwandtenpflege
	Unter Verwandtenpflege wird die Betreuung von Pflegekindern durch Verwandte oder Verschwägerte bis zum dritten Grad verstanden.

Richtlinie alt (2010)		Richtlinie neu (2015)		
3. Definition Pflegestelle		3. Definition Pflegefamilie		
Als Pflegestelle gelten durch das örtlich zuständige Jugendamt geprüfte und zugelassene Paare oder Einzelpersonen, die Kinder, Jugendliche oder junge Volljährige in ihrer Familie, außerhalb der Herkunftsfamilie, regelmäßig betreuen und ihnen Unterkunft gewähren, sofern für die Herkunftsfamilie Hilfe zur Erziehung gem. § 27 SGB VIII oder für den jungen Menschen Eingliederungshilfe gemäß § 35 a SGB VIII oder für junge Volljährige Hilfe gemäß § 41 SGB VIII gewährt wird.		Als Pflegefamilie gelten durch das örtlich zuständige Jugendamt geprüfte und zugelassene Paare oder Einzelpersonen, die Kinder, Jugendliche oder junge Volljährige in ihrer Familie, außerhalb der Herkunftsfamilie, regelmäßig betreuen und ihnen Unterkunft gewähren, sofern für die Herkunftsfamilie Hilfe zur Erziehung gem. § 27 SGB VIII oder für den jungen Menschen Eingliederungshilfe gemäß § 35 a SGB VIII oder für junge Volljährige Hilfe gemäß § 41 SGB VIII gewährt wird.		
3.1. Sozialpädag	gogische Pflegestellen	3.1. Sozialpädaç	jogische Pflegestellen	
Dies sind Pflegestellen für besonders entwicklungsbeeinträchtigte Kinder/Jugendliche und junge Volljährige oder für solche mit besonders gravierenden familiären Problemlagen.		Dies sind Pflegefamilien für besonders entwicklungsbeeinträchtigte Kinder/Jugendliche und junge Volljährige oder für solche mit besonders gravierenden familiären Problemlagen.		
4. Eignungskr	4. Eignungskriterien		4. Eignungskriterien	
4.1. Eignungskriterien für Pflegefamilien		4.1. Eignungskr	iterien für Pflegefamilien	
Personelle Kriterien			Personelle Kriterien	
Personenstand  Alter der	<ul> <li>Lebenspartnerschaften</li> <li>Einzelpersonen</li> <li>mit oder ohne eigene Kinder</li> <li>nicht festgeschrieben</li> </ul>	Personenstand	<ul> <li>Lebensgemeinschaften/-partnerschaften</li> <li>Ehepaare</li> <li>Einzelpersonen</li> <li>mit oder ohne eigene Kinder</li> </ul>	
Pflegeperson	<ul> <li>mindestens Volljährigkeit und Geschäftsfähigkeit der Pflegeperson</li> <li>bei Vollzeitpflege auf Dauer sollte das Alter der Pflegepersonen in der Regel dem natürlichen Eltern-Kind-Altersabstand nahe kommen</li> </ul>	Alter der Pflegeperson	<ul> <li>mindestens Volljährigkeit und Geschäftsfähigkeit der Pflegeperson</li> <li>bei unbefristeter Vollzeitpflege sollte das Alter der Pflegepersonen in der Regel dem natürlichen Eltern-Kind-Altersabstand nahe kommen</li> <li>(entsprechend der abschließenden Prüfung durch den Pflegekinderdienst)</li> </ul>	

	Richtlinie alt (2010)		Richtlinie neu (2015)
Gesundheitszustand	<ul> <li>darf nicht in der Wahrnehmung der Erziehungsaufgaben behindern und dem Wohl des Kindes entgegen stehen, d.h. kein Vorliegen von Suchtkrankheiten, psychischen Krankheiten, schwerem Siechtum, stark lebensverkürzenden sowie ansteckenden Krankheiten</li> </ul>	Gesundheitszustand	<ul> <li>darf nicht in der Wahrnehmung der Erzie- hungsaufgaben behindern und dem Wohl des Kindes entgegen stehen, d.h. kein Vorliegen von Suchtkrankheiten, psychi- schen Krankheiten, stark lebensverkür- zenden Krankheiten</li> </ul>
Berufstätigkeit	<ul> <li>ist generell kein Ausschlusskriterium</li> <li>bei Aufnahme von Kindern unter 2 Jahren sollte die betreuende Person in der Regel</li> </ul>	Berufstätigkeit	bei Aufnahme von Kindern unter 2 Jahren sollte die betreuende Person in der Regel nicht berufstätig sein
Vorstrafen	<ul> <li>sind (vor allem wenn sie schon länger zurückliegen) kein generelles Ausschlusskriterium</li> <li>Vorstrafen dürfen sich nicht auf ein Delikt beziehen, welches im direkten Zusammenhang mit dem Kindeswohl steht (z.B. Körperverletzung, Misshandlung, sexueller Missbrauch, Betrug etc.)</li> <li>für Pflegepersonen gelten die Bestimmungen zur persönlichen Eignung gemäß § 72 a SGB VIII</li> </ul>	Vorstrafen	- für Pflegepersonen gelten die Bestimmungen zur persönlichen Eignung gemäß § 72 a SGB VIII

	Richtlinie alt (2010)		Richtlinie neu (2015)
Grundeinstellung	<ul> <li>Freude am Zusammenleben mit Kindern</li> <li>Fähigkeit und Wunsch, Kindern Liebe entgegenzubringen</li> <li>Humor, Geduld, Zeit und Belastbarkeit</li> <li>Toleranz und Offenheit gegenüber ungewöhnlichen oder fremden Verhaltensweisen</li> <li>Anerkennung der Bindungen, Erfahrungen und der bisherigen Entwicklung des Kindes</li> <li>Akzeptanz ihrer Rolle als Pflegeeltern bzw. Pflegepersonen</li> <li>positive Grundeinstellung und Wertschätzung gegenüber den leiblichen Eltern des Pflegekindes</li> <li>Bereitschaft, Kontakte des Kindes zu bisherigen Bezugspersonen zu ermöglichen und zu unterstützen</li> </ul>	Grundeinstellung	<ul> <li>Freude am Zusammenleben mit Kindern</li> <li>Fähigkeit und Wunsch, Kindern Liebe entgegenzubringen</li> <li>Humor, Geduld, Zeit und Belastbarkeit</li> <li>Toleranz und Offenheit gegenüber ungewöhnlichen oder fremden Verhaltensweisen</li> <li>Anerkennung der Bindungen, Erfahrungen und der bisherigen Entwicklung des Kindes</li> <li>Akzeptanz ihrer Rolle als Pflegeeltern bzw. Pflegepersonen</li> <li>positive Grundeinstellung und Wertschätzung gegenüber den leiblichen Eltern des Pflegekindes</li> <li>Bereitschaft, Kontakte des Kindes zu bisherigen Bezugspersonen zu ermöglichen und zu unterstützen</li> </ul>
Eigenschaften bzw. Fähigkeiten	<ul> <li>Diskretion und Verschwiegenheit</li> <li>erzieherische Erfahrungen und Fähigkeiten</li> <li>Klarheit im Setzen von Grenzen</li> <li>Fähigkeit, eigene Grenzen und die anderer wahrzunehmen und zu beachten</li> <li>Fähigkeit zur Selbstreflektion</li> <li>Bereitschaft bzw. Fähigkeit, ggf. Hilfe von Dritten anzunehmen</li> <li>Fähigkeit, sich Entlastung schaffen zu können bzw. sich Freiräume zu organisieren</li> <li>Organisationsfähigkeit</li> </ul>	Eigenschaften bzw. Fähigkeiten	<ul> <li>Diskretion und Verschwiegenheit</li> <li>erzieherische Erfahrungen und Fähigkeiten</li> <li>Klarheit im Setzen von Grenzen</li> <li>Fähigkeit, eigene Grenzen und die anderer wahrzunehmen und zu beachten</li> <li>Fähigkeit zur Selbstreflektion</li> <li>Bereitschaft bzw. Fähigkeit, ggf. Hilfe von Dritten anzunehmen</li> <li>Fähigkeit, sich Entlastung schaffen zu können bzw. sich Freiräume zu organisieren</li> <li>Organisationsfähigkeit</li> </ul>

	Richtlinie alt (2010)		Richtlinie neu (2015)
	Familiäre Kriterien		Familiäre Kriterien
familiäre Bedingungen	<ul> <li>Fähigkeit, ihren Familienmitgliedern wirtschaftliche und emotionale Sicherheit zu geben</li> <li>Fähigkeit, ihren Familienmitgliedern persönliche Entwicklung und Autonomie zu ermöglichen</li> <li>gesamte Familie akzeptiert den Wunsch bzgl. der Aufnahme eines Pflegekindes</li> <li>Fähigkeit der Familie, Schwierigkeiten zu besprechen und mit Problemen konstruktiv umzugehen</li> <li>flexible (d.h. nicht zu starre bzw. überdurchlässige) Grenzen innerhalb der Familie sowie nach außen</li> <li>Familie sollte nicht isoliert sein (soziale Vernetzung)</li> </ul>	familiäre Bedingungen	<ul> <li>Fähigkeit, ihren Familienmitgliedern wirtschaftliche und emotionale Sicherheit zu geben</li> <li>Fähigkeit, ihren Familienmitgliedern persönliche Entwicklung und Autonomie zu ermöglichen</li> <li>alle im Haushalt lebenden Personen akzeptieren den Wunsch bzgl. der Aufnahme eines Pflegekindes</li> <li>Fähigkeit der Familie, Schwierigkeiten zu besprechen und mit Problemen konstruktiv umzugehen</li> <li>flexible (d.h. nicht zu starre bzw. überdurchlässige) Grenzen innerhalb der Familie sowie nach außen</li> <li>Familie sollte nicht isoliert sein (soziale Vernetzung)</li> </ul>
Alter der eigenen Kinder	in der Regel sollte das Pflegekind deutlich jünger als das jüngste leibliche Kind sein	Alter der eigenen Kinder	in der Regel sollte das Pflegekind deutlich jünger als das jüngste leibliche Kind sein
Familienplanung äußere Rahmen- bedingungen	<ul> <li>sollte, wenn möglich, abgeschlossen sein</li> <li>Familie sollte sich damit zumindest auseinandergesetzt haben und eine bewusste Haltung dazu haben</li> <li>gesicherte wirtschaftliche Verhältnisse</li> <li>Freiheit von stark belastenden finanziellen Verpflichtungen</li> <li>ausreichend große Wohnung, damit das Kind seinen Platz finden kann</li> <li>eigenes Zimmer für das Pflegekind ist wünschenswert</li> </ul>	äußere Rahmen- bedingungen	<ul> <li>gesicherte wirtschaftliche Verhältnisse</li> <li>Freiheit von stark belastenden finanziellen Verpflichtungen</li> <li>ausreichend große Wohnung, damit das Kind seinen Platz finden kann</li> <li>eigenes Zimmer für das Pflegekind ist wünschenswert</li> </ul>

	Richtlinie alt (2010)		Richtlinie neu (2015)
	Kriterien hinsichtlich des professionellen Systems		Kriterien hinsichtlich des professionellen Systems
Zusammenarbeit	Bereitschaft zur Zusammenarbeit und Kooperation mit dem Jugendamt, der Herkunftsfamilie bzw. mit anderen Institutionen/Einrichtungen/Personen zusammen zu arbeiten     Mitwirkung im Hilfeplanverfahren	Zusammenarbeit	<ul> <li>Bereitschaft zur Zusammenarbeit und Kooperation mit dem Jugendamt, der Herkunftsfamilie bzw. mit anderen Institutionen/Einrichtungen/Personen zusammen zu arbeiten</li> <li>Mitwirkung im Hilfeplanverfahren</li> </ul>
Fortbildung	- Bereitschaft und Fähigkeit, sich ggf. auch eigenständig spezielle Kenntnisse anzueignen sowie zur aktiven Teilnahme an Gruppenarbeit sowie an Fortbildungen	Fortbildung	- Bereitschaft und Fähigkeit, sich ggf. auch eigenständig spezielle Kenntnisse anzueignen sowie zur aktiven Teilnahme an Gruppenarbeit sowie an Fortbildungen
	Portbildurigeri		

Richtlinie alt (2010)	Richtlinie neu (2015)
4.2. Eignungskriterien für sozialpädagogische Pflegestellen	4.2 Eignungskriterien für sozialpädagogische Pflegestellen
Für sozialpädagogische Pflegestellen gelten grundsätzlich die unter <b>4.1.</b> formulierten Anforderungen/Kriterien. Darüber hinaus macht sich zur Sicherung einer hohen Qualität der Arbeit mit stark entwicklungsbeeinträchtigten jungen Menschen die Fachausbildung <b>einer</b> Pflegeperson erforderlich.	Für sozialpädagogische Pflegestellen gelten grundsätzlich die unter <b>4.1.</b> formulierten Anforderungen/Kriterien. Darüber hinaus macht sich zur Sicherung einer hohen Qualität der Arbeit mit stark entwicklungsbeeinträchtigten jungen Menschen die Fachausbildung <b>einer</b> Pflegeperson erforderlich.
Als geeignete Pflegepersonen im Sinne sozialpädagogischer Pflegestellen kommen folgende Fachkräfte mit den nachfolgend aufgeführten oder gleichwertigen Abschlüssen in Betracht:  - Dipl. Psychologe/in , Dipl. Pädagoge/in, - staatlich anerkannte Dipl. Sozialarbeiter/in (FH), - staatlich anerkannte Dipl. Sozialpädagoge/in (FH), - staatlich anerkannte Sozialarbeiter (nach den landesrechtlichen Regelungen des Sozialberufsgesetzes in Brandenburg), - pädagogisch - therapeutische Fachkräfte, - Heilerzieher/Erzieher oder vergleichbare pädagogische Abschlüsse.	Als geeignete Pflegepersonen im Sinne sozialpädagogischer Pflegestellen kommen folgende Fachkräfte mit den nachfolgend aufgeführten oder gleichwertigen Abschlüssen in Betracht:  - Dipl. Psychologe/in , Dipl. Pädagoge/in,  - staatlich anerkannte Dipl. Sozialarbeiter/in (FH),  - staatlich anerkannte Dipl. Sozialpädagoge/in (FH),  - staatlich anerkannte Sozialarbeiter (nach den landesrechtlichen Regelungen des Sozialberufsgesetzes in Brandenburg),  - pädagogisch - therapeutische Fachkräfte,  - Heilerzieher/Erzieher oder vergleichbare pädagogische Abschlüsse.
4.3. Eignungskriterien für Bereitschaftspflegefamilien	4.3. Eignungskriterien für Bereitschaftspflegefamilien
Für Bereitschaftspflegestellen gelten grundsätzlich die unter <b>4.1.</b> formulierten Kriterien. Darüber hinaus sollten folgende Vorgaben erfüllt sein:	Für Bereitschaftspflegestellen gelten grundsätzlich die unter <b>4.1.</b> formulierten Kriterien. Darüber hinaus sollten folgende Vorgaben erfüllt sein:
<ul> <li>zur Betreuung der Kinder sollten keine Einzelpersonen eingesetzt werden,</li> <li>wenigstens eine Person sollte nicht berufstätig sein,</li> <li>eine pädagogische Qualifikation wäre wünschenswert, ist jedoch nicht zwingend erforderlich,</li> <li>sofern eigene Kinder im Haushalt leben, sollten diese nicht jünger als 6 Jahre sein.</li> </ul>	<ul> <li>zur Betreuung der Kinder sollten keine Einzelpersonen eingesetzt werden,</li> <li>wenigstens eine Person sollte nicht berufstätig sein,</li> <li>eine pädagogische Qualifikation wäre wünschenswert, ist je doch nicht zwingend erforderlich,</li> <li>sofern eigene Kinder im Haushalt leben, sollten diese nicht jünger als 6 Jahre sein.</li> </ul>

Richtlinie alt (2010)	Richtlinie neu (2015)
5. Pflegegeld	5. Pflegegeld
Der gesamte regelmäßige wiederkehrende Bedarf soll durch die laufenden Leistungen gedeckt werden. Diese monatlichen Zahlungen bedürfen keiner Antragstellung durch die Pflegeeltern. Das Pflegegeld setzt sich zusammen aus:	Der gesamte regelmäßige wiederkehrende Bedarf soll durch die laufenden Leistungen gedeckt werden. Diese monatlichen Zahlungen bedürfen keiner Antragstellung durch die Pflegeeltern. Das Pflegegeld setzt sich zusammen aus:
<ul> <li>dem Kosten für den Sachaufwand (materielle Aufwendungen),</li> <li>dem Kosten für die Pflege und Erziehung.</li> </ul>	<ul> <li>dem Grundbetrag (materielle Aufwendungen),</li> <li>dem Erziehungsbeitrag.</li> </ul>
Das Pflegegeld wird im Voraus zum 1. des jeweiligen Monats gezahlt.	Das Pflegegeld wird im Voraus zum 1. des jeweiligen Monats gezahlt.
Bei Beginn des Pflegeverhältnisses nach dem 1. eines Monats erfolgt die Zahlung im Folgemonat. Besteht nicht für den vollen Monat Anspruch, wird für jeden Kalendertag ein Dreißigstel des Monats angesetzt.	Bei Beginn des Pflegeverhältnisses nach dem 1. eines Monats erfolgt die Zahlung im Folgemonat. Besteht nicht für den vollen Monat Anspruch, wird für jeden Kalendertag ein Dreißigstel des Monats angesetzt.
	Wird das Pflegeverhältnis geplant nicht im gesamten Kalendermonat geleistet, so vermindert sich die Pflegegeldpauschale für den vollen Kalendertag, an dem keine Vollzeitpflege geleistet wird, um ein Dreißigstel.
Bei ungeplanter Beendigung des Pflegeverhältnisses vor Ablauf des Monats gilt das gezahlte Pflegegeld als verbraucht.	Bei ungeplanter Beendigung des Pflegeverhältnisses vor Ablauf des Monats gilt das gezahlte Pflegegeld als verbraucht.
Die Erhöhung des Pflegegeldes auf Grund einer geänderten Alterstufe wird mit dem auf den entsprechenden Geburtstag des Kindes oder Jugendlichen folgenden Monat wirksam.	Die Erhöhung des Pflegegeldes auf Grund einer geänderten Alterstufe wird mit dem Beginn des Monats gewährt, in dem das Pflegekind Geburtstag hat.  Entsprechend der geltenden Nebenkostenrichtlinien, können weitere Leistungen (Annexleistungen) beantragt werden.

Richtlinie alt (2010)	Richtlinie neu (2015)
5.1. Höhe des Pflegegeldes bei Vollzeitpflege	5.1. Höhe des Pflegegeldes bei Vollzeitpflege
Auf Grundlage der Empfehlungen des deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge vom 01. Januar 2009 zuzüglich einer 50%igen Erhöhung werden die monatlichen Pauschalbeträge zur Absicherung der Versorgung von Pflegekindern wie folgt festgelegt:	Auf Grundlage der Empfehlungen des deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge vom 30. September 2014 werden die monatlichen Pauschalbeträge zur Absicherung der Versorgung von Pflegekindern wie folgt festgelegt:
Kinder bis zum vollendeten 6. Lebensjahr	Kinder bis zum vollendeten 6. Lebensjahr
Kosten für den Sachaufwand 709,50 Euro Kosten für die Pflege und Erziehung 330,00 Euro	Grundbetrag/materielle Aufwendungen Erziehungsbeitrag  508 Euro 237 Euro
Gesamt/Unterhalt 1.039,50 Euro	Gesamt/Unterhalt 745 Euro
Kinder vom vollendeten 6. Lebensjahr bis zum vollendeten 12. Lebensjahr	Kinder vom vollendeten 6. Lebensjahr bis zum vollendeten 12. Lebensjahr
Kosten für den Sachaufwand 820,50 Euro Kosten für die Pflege und Erziehung 330,00 Euro	Grundbetrag/materielle Aufwendungen 589 Euro 237 Euro
Gesamt/Unterhalt 1.150,50 Euro	Gesamt/Unterhalt 826 Euro
Jugendliche vom vollendeten 12. Lebensjahr bis zum vollendeten 18. Lebensjahr	Jugendliche vom vollendeten 12. Lebensjahr bis zum vollendeten 18. Lebensjahr
Kosten für den Sachaufwand 942,00 Euro Kosten für die Pflege und Erziehung 330,00 Euro	Grundbetrag/materielle Aufwendungen 676 Euro 237 Euro
Gesamt/Unterhalt 1.272,00 Euro	Gesamt/Unterhalt 913 Euro

Richtlinie alt (2010)	Richtlinie neu (2015)
Junge Volljährige vom vollendeten 18. Lebensjahr bis zur wirt-	Junge Volljährige vom vollendeten 18. Lebensjahr
Schaftlichen Selbständigkeit  Kosten für den Sachaufwand 942,00 Euro	Vollzeitpflege durch unterhaltspflichtige Personen
Kosten für die Pflege und Erziehung 330,00 Euro (Entscheidungen im Einzelfall)  Gesamt/ Unterhalt 1 942,00 Euro Gesamt/ Unterhalt 2 1.272,00 Euro	Gemäß § 39 Abs. 4 Satz 4 SGB VIII kann das monatliche Pflegegeld für unterhaltspflichtige Personen (Großeltern) angemessen gekürzt werden. Die Unterhaltspflicht begründet sich aus §§ 1601, 1603 Abs. 1 BGB.  Die angemessene Kürzung bezieht sich auf die materiellen Aufwendungen für das Kind und kommt nur dann zum Tragen, wenn die unterhaltspflichtige Person tatsächlich leistungsfähig ist und die Kürzung nicht die Höhe der Unterhaltspflicht übersteigt. Bezieht die unterhaltspflichtige Person lediglich Leistungen nach SGB II bzw. SGB XII, besteht wegen fehlender Leistungsfähigkeit ein voller Anspruch auf Pflegegeldleistungen.
Bei besonderem erzieherischem Bedarf kann der Erziehungsbeitrag bis auf 200 % des Regelbedarfes angehoben werden. Die Entscheidung darüber wird in der Teamkonferenz des Allgemeinen Sozialdienstes auf der Grundlage separater Diagnosebögen getroffen.	Bei besonderem erzieherischem Bedarf kann der Erziehungsbeitrag um bis zu 200 % des Regelbedarfes angehoben werden. Die Entscheidung darüber wird in einer multiprofessionellen Fallberatung des Allgemeinen Sozialdienstes auf der Grundlage separater Diagnosebögen getroffen.
Bei erhöhten materiellen Aufwendungen kann im Einzelfall ein zusätzlicher Betrag gezahlt werden.	Bei erhöhten materiellen Aufwendungen kann im Einzelfall ein zusätzlicher Betrag gezahlt werden. Die Prüfung erfolgt über den Pflegekinderdienst.

Richtlinie alt (2010)	Richtlinie neu (2015)	
5.2. Höhe des Pflegegeldes für die sozialpädagogischen Pflegestellen	5.2. Höhe des Pflegegeldes für die sozialpädagogischen Pflege- familien	
Der Grundbetrag wird wie im Pkt. <b>5.1.</b> beschrieben je nach Altersstufe des Kindes gezahlt.	Der Grundbetrag wird wie im Pkt. <b>5.1.</b> beschrieben je nach Altersstufe des Kindes gezahlt.	
Nach Feststellung des sozialpädagogischen Bedarfes für das entsprechende Pflegekind wird der zwei- bis vierfache Erziehungsbeitrag je nach Problemlage des Kindes entrichtet.	Nach Feststellung des sozialpädagogischen Bedarfes für das entsprechende Pflegekind kann der zwei- bis dreifache Erziehungsbeitrag je nach Problemlage des Kindes entrichtet werden.	
Die Entscheidung darüber wird in der Teamkonferenz des Allgemeinen Sozialdienstes auf der Grundlage separater Diagnosebögen getroffen.	Die Entscheidung darüber wird in einer multiprofessionellen Fallberatung des Allgemeinen Sozialdienstes getroffen.	
5.3. Höhe der finanziellen Aufwendungen bei Bereitschaftspflege	5.3. Höhe der Pauschalbeträge der Bereitschaftspflege	
5.3.1. Kapazität	5.3.1. Kapazität	
Bereitschaftspflegestellen sind in der Regel für die Aufnahme von zwei Kindern im Alter zwischen 0-4 (im Einzelfall auch darüber hinaus) Jahren vorgesehen.	Bereitschaftspflegestellen sind in der Regel für die Aufnahme von zwei Kindern im Alter zwischen 0-4 (im Einzelfall auch darüber hinaus) Jahren vorgesehen.	
Der Belegungszeitraum ist für maximal 9 Monate geplant. Es werden jährlich drei belegungsfreie Monate nach Absprache mit dem Jugendamt gewährt. In Berücksichtigung des tatsächlichen Bedarfes sind Ausnahmen möglich.	Absatz entfallen	

Richtlinie alt (2010)		Richtlinie neu (2015)			
5.3.2. Finanzielle Aufwendunge	n 5	5.3.2.	Pauschalbeträge für die Bereitschaftspflege		

Mit den gezahlten finanziellen Aufwendungen werden die Kosten des Lebensunterhaltes des Kindes sowie die erzieherischen und betreuerischen Leistungen der Bereitschaftspflegeperson abgegolten.

Durch das Jugendamt der Stadt Cottbus bestätigte und auf Dauer vertraglich gebundene Bereitschaftspflegestellen haben Anspruch auf eine Pauschale bei Nichtbelegung sowie einen Anspruch auf Erstattung nachgewiesener Aufwendungen für Beiträge zu einer Unfallversicherung sowie der hälftigen Erstattung nachgewiesener Aufwendungen einer angemessenen Alterssicherung nach Pkt. 6 dieser Richtlinie über die Laufzeit ihres Vertrages.

Temporäre Bereitschaftspflegestellen (stehen nicht auf Dauer zur Verfügung) haben <u>nur</u> Anspruch auf die entsprechenden Entgelte bei Belegung.

In den Aufwendungen sind enthalten:

- eine Pauschale zur Erst- und Ersatzbeschaffung (Mobiliar, Kleidung, Spielzeug u.a.),
- eine Bereitschaftspauschale (bei Nichtbelegung),
- Leistungen zum Unterhalt des Kindes (bei Belegung),
- ein in Relation zu den Kostensätzen für Vollzeitpflege erhöhter Erziehungsbeitrag (200% bei Belegung),
- Mietkostenzuschuss,
- Nutzungspauschale Telefon/Handy,
- Kosten für Fortbildung/Supervision.

Mit den gezahlten Pauschalbeträgen für die Bereitschaftspflege werden die Kosten des Lebensunterhaltes des Kindes sowie die erzieherischen und betreuerischen Leistungen der Bereitschaftspflegeperson abgegolten.

Durch das Jugendamt der Stadt Cottbus bestätigte und auf Dauer vertraglich gebundene Bereitschaftspflegestellen haben Anspruch auf eine Pauschale bei Nichtbelegung sowie einen Anspruch auf Erstattung nachgewiesener Aufwendungen für Beiträge zu einer Unfallversicherung sowie der hälftigen Erstattung nachgewiesener Aufwendungen einer angemessenen Alterssicherung nach Pkt. 6 dieser Richtlinie über die Laufzeit ihres Vertrages.

Kurzzeitpflegestellen (stehen nicht auf Dauer zur Verfügung) haben <u>nur</u> Anspruch auf ein Pflegegeld entsprechend Punkt 5.1. bei Belegung. Der Anspruch auf Leistungen nach Pkt. 6 besteht ebenfalls nur für die Zeit der Belegung.

Mit den Pauschalbeträgen für die Bereitschaftspflege werden nachfolgende Kosten der erzieherischen und betreuerischen Leistungen für eine Dauerbereitschaftspflegestelle abgegolten:

- eine Bereitschaftspauschale und Mietkostenzuschuss (bei Nichtbelegung).
- Leistungen zum Unterhalt des Kindes (bei Belegung),
- ein in Relation zu den Kostensätzen für Vollzeitpflege erhöhter Erziehungsbeitrag (200% bei Belegung) bei Inobhutnahmen nach § 42 SGB VIII
- eine einmalige Pauschale zur Erst- und Ersatzbeschaffung (Mobiliar, Kleidung, Spielzeug u.a.),
- jährliche Nutzungspauschale Telefon/Handy,
- Beiträge nach Pkt. 6 dieser Richtlinie über die Laufzeit ihres Vertrages
- Kosten für Fortbildung/Supervision (s. Pkt. 7).

Richtlinie alt (2010)			Richtlinie neu (2015)				
Sachverhalt	proTag	Monat	1.	. Pauschalbeträge bei Beleg	<mark>ung</mark>		
					monatlich	<mark>jährlich</mark>	<mark>einmal</mark>
Bereitschaftspauschale bei Nichtbelegu		270,00 €		<mark>1. Kind</mark>			
Mietkostenzuschuss bei Nichtbelegung	2,60 €	<b>78,00 €</b>		<mark>Pflegegeld</mark>			
			(	<u>Grundbetrag</u>	<mark>508 €</mark>		
1. Kind	Monat	9 Monate		<mark>Erziehungsbeitrag bei Belegu</mark>	<mark>ng</mark>		
				auf Grund § 42 SGB VIII	<mark>474 €</mark>		
Kosten für den Sachaufwand	709,50 €	,		<mark>Beihilfe</mark>			
Kosten für die Pflege und Erziehung	660,00 €	5.940,00 €		Nutzungspauschale Telefon/			
Ausstattungsbeihilfe bis zu		510,00 <b>€</b>		Handy		<mark>180 €</mark>	
Nutzungspauschale Telefon/ Handy		180,00 €		Erstausstattung der Pflegestell	<mark>e</mark>		<mark>510</mark>
Gesamt 1. Kind		13.015,50€		0.1/1			
		101010,000		2. Kind			
				Pflegegeld Prince of the Princ		ī	T
2. Kind				Grundbetrag	<u>508</u> €		
				Erziehungsbeitrag bei Belegu			
Kosten für den Sachaufwand	709,50 €	6.385,50 €		auf Grund § 42 SGB VIII	<mark>474 €</mark>		
Kosten für die Pflege und Erziehung	,	5.940,00 €	<u> </u>	<mark>Beihilfe</mark>		1	
Ausstattungsbeihilfe bis zu	000,00 C	510,00 €		<u>Erstausstattung der Pflegestell</u>	<mark>e</mark>		510
Gesamt 2.		<mark>12.835,00 €</mark>	2.	. Pauschalbeträge bei Nichtl	pelegung		
Gesamt 1. und 2.		<mark>25.850,00 €</mark>		***		Tag	
				Bereitschaftspauschale	9	<mark>,00 €</mark>	
				Mietkostenzuschuss	2	<mark>,60 €</mark>	
						<u> </u>	

Richtlinie alt (2010)	Richtlinie neu (2015)				
5.4 Anpassung der finanziellen Aufwendungen	5.4 Anpassung der Pflegegeldpauschalen				
Die finanziellen Aufwendungen (Kosten für den Sachaufwand und Kosten für die Erziehung und Pflege) für Hilfe zur Erziehung in Vollzeitpflege sowie für die Bereitschaftspflegestellen werden jährlich auf der Grundlage der jeweils aktuellen Empfehlungen des deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge zuzüglich für das folgende Haushaltsjahr neu bestimmt. Die empfohlenen Pauschalen werden um 50 % erhöht.	Die finanziellen Aufwendungen (materielle Aufwendungen und Erziehungsbeitrag) für Hilfe zur Erziehung in Vollzeitpflege sowie für die Bereitschaftspflegestellen werden jährlich auf der Grundlage der jeweils aktuellen Empfehlungen des deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge für das folgende Haushaltsjahr fortgeschrieben.				
6. Gewährung von Leistungen zur Unfall- und Alterssicherung der Pflegeperson	6. Gewährung von Leistungen zur Unfall- und Alterssicherung der Pflegeperson				
Durch die Änderung des SGB VIII hat eine Pflegeperson seit dem 01.10.2005 einen Anspruch auf Erstattung nachgewiesener Aufwendungen für Beiträge zu einer Unfallversicherung sowie der hälftigen Erstattung nachgewiesener Aufwendungen einer angemessenen Alterssicherung. Die Erstattungen sollen in einem monatlichen Pauschalbeitrag gewährt werden.	Durch die Änderung des SGB VIII hat eine Pflegeperson seit dem 01.10.2005 einen Anspruch auf Erstattung nachgewiesener Aufwendungen für Beiträge zu einer Unfallversicherung sowie der hälftigen Erstattung nachgewiesener Aufwendungen einer angemessenen Alterssicherung. Die Erstattungen sollen in einem monatlichen Pauschalbeitrag gewährt werden.				
Als anerkennungsfähig gelten folgende Aufwendungen:	Als anerkennungsfähig gelten folgende Aufwendungen:				
→ Für die Unfallversicherung: 79,00 Euro jährlich als Höchstbetrag	→ Für die Unfallversicherung: 155,40 Euro jährlich als Höchstbetrag (Umfang: pro betreuendem Pflegeelternteil)				
(Beitrag zur gesetzlichen Unfallversicherung als Orientierungsgröße (Wiesner, SGB VIII, § 39, Rdnr. 32c))	(Beitrag zur gesetzlichen Unfallversicherung als Orientierungsgröße (Wiesner, SGB VIII, § 39, Rdnr. 32c))				
→ Betrag der hälftigen Alterssicherung: 39,00 Euro pro Monat	→ Betrag der hälftigen Alterssicherung: 42,53 Euro pro Monat (Umfang: pro Pflegekind ein Elternteil)				
(hälftiger Anteil des Mindestbeitrags zur gesetzlichen Alterssicherung (Wiesner, SGB VIII, § 39, Rdnr. 32 f.))	(hälftiger Anteil des Mindestbeitrags zur gesetzlichen Alterssicherung (Wiesner, SGB VIII, § 39, Rdnr. 32 f.))				

Richtlinie alt (2010)	Richtlinie neu (2015)			
Der Betrag der hälftigen Alterssicherung kann entsprechend dem Grad der Erwerbstätigkeit der Pflegeperson und den nachgewiesenen Aufwendungen wie folgt erhöht werden: voll erwerbstätig 39,00 € teilweise erwerbstätigbis zu 58,50 € nicht erwerbsttätig bis zu 78,00 €	Absatz entfallen			
Der Anspruch auf diese Leistungen besteht nur für den Zeitraum der Pflegegeldzahlung und nur für eine Person der Pflegefamilie.	Der Anspruch auf diese Leistungen besteht nur für den Zeitraum der Pflegegeldzahlung.			
7. Fortbildungen/Supervision von Pflegeeltern	7. Fortbildungen/Supervision von Pflegeeltern			
Durch die Stadt Cottbus werden in jedem Haushaltsjahr finanzielle Mittel für Fortbildung und Supervision der Pflegepersonen durch das Jugendamt sowie für Erfahrungsaustausche der Pflegepersonen untereinander bereitgestellt.  Für Fortbildung/Supervision sollen je Pflegeperson 15 Stunden jährlich eingeplant werden sowie mindestens halbjährlich ein Erfahrungsaustausch.	Für Pflegeeltern kann je nach Bedarf Supervision gewährt werden. Durch das Jugendamt werden Fortbildungen für Pflegeeltern organisiert und angeboten, die Teilnahme daran bzw. an einer anderen fachspezifischen Fortbildung ist 1x im Jahr verpflichtend zu belegen. Liegt die Anerkennung als sozialpädagogische Pflegestelle vor, sind die Pflegeeltern verpflichten jährlich den Nachweis über zwei Fortbildungen entsprechend des besonderen Bedarfes ihres Pflegekindes zu erbringen. Erfahrungsaustausche der Pflegepersonen untereinander werden durch das Jugendamt organisiert.			
In-Kraft-Treten	In-Kraft-Treten			
Diese Richtlinie tritt mit Wirkung vom 01.01.2010 in Kraft.  Die Richtlinien vom 20.12.1995, 14.10.1997, 28.11.2001 und 01.01.2007 treten außer Kraft.	Diese Richtlinie tritt mit Wirkung vom 01. April 2015 in Kraft Die Richtlinie vom 01.01.2010 tritt außer Kraft.			